70 Pf.

Gewissen

Für den Ring heraus- gegeben von Ed. Stadtler

5. Jahrgang. Nr. 42. Montag, den 17. Oktober 1921. Erscheint wöchentlich.

Unter dem Ausnahmegesetz

Festgerannt!

Von Eduard Stadtler

Als Frankreich und England in den Maitagen 1921 uns mit dem Ultimatum bedrohten, da konnten wir ablehnen. Das Ruhrgebiet wäre zeitweilig besetzt worden. Mit Polen wäre an der Südostgrenze vielleicht ein Kampf entbrannt, den wir bestanden hätten. Von Bayern und von Tirol her wäre deutscher Widerstand gegen Versklavung und Vernichtung entwickelt worden.

Schon die Tatsache dieses Widerstandes hätte in der Welt eine neue politische Lage geschaffen. Unsere Feinde würden sich gezwungen gesehen haben, wie dies das Beispiel der Türken und Ungarn inzwischen gezeigt hat, auch mit uns wieder als einer völkischen Macht und einem eigenen Willen zu rechnen. Und eben dies, daß man mit uns endlich und ernstlich rechnete, konnte die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit schaffen, daß man auf unsere Forderungen überhaupt hörte — wobei wir von der Wahrscheinlichkeit ganz absehen, daß unsere Feinde sich über der Erfüllung unserer Forderungen verneinigten.

Aber wir nahmen an. Wir taten es, weil die Regierungsmänner zu irgendeiner Leistung weder sich noch dem Volke die Kraft zutrauten. Damit mußten wir uns abfinden. Doch hätten wir aus der Lehre dieser Maitage wenigstens die Einsicht gewinnen können, daß Widerstand in einem geschlagenen und zermürbten Volke nur möglich ist, wenn er von langer Hand systematisch vorbereitet wird. Wir hätten uns also von nun an auf eine Politik der stetigen und zielbewußten Organisierung des nationalen Widerstandes einrichten müssen, um für spätere Entscheidungen gerüstet zu sein. Wir durften keinen Augenblick aus dem Auge verlieren, daß heute Frankreich unser größter Feind ist, weil es uns im Fleische sitzt, weil es nur den einen Trieb kennt, uns zu vernichten. Wenn wir schon soweit gesunken waren, daß wir in unserer verzweifelten Lage gerade mit diesem größten Feinde eine Verständigung in Teilfragen provisorisch zu erzielen suchten, dann war es unsere erste Aufgabe, im Innern überall die vorhandenen Widerstandskräfte zu pflegen, zu schützen, zu sammeln, neue Kräfte in unserem Volkstum zu wecken und zu entzünden. Draußen in der Welt mußten wir uns gegen die tödlichen Umarmungen Frankreichs den Schutz der Eifersüchtigen sichern, aller, die uns schon aus eigenem Interesse irgendwie gewogen waren. Das war ein Weg. Ein überaus steiniger Weg. Aber ein Weg — zur allmählichen Befreiung.

Wir gingen statt dessen den Irrweg der „ehrlichen Erfüllung", der unmittelbaren Hingabe an unseren größten Feind. Wir prostituierten uns. Der Wiederaufbau Nordfrankreichs, gewiß eine Teilaufgabe von großer Bedeutung, wurde zur Hauptangelegenheit der deutschen Innen- und Außenpolitik. Der Wiederaufbauminister Rathenau entwickelte sich zum führenden Kopf des Kabinetts. Wirths Aktivität ordnete sich unter. Die Spitze der frankophilen Kontinentalpolitik kehrte man unter der geistigen Leitung der „Vossischen Zeitung" gegen die Angelsachsen. Man verärgerte England. Man vernachlässigte die Vereinigten Staaten.

Man kümmerte sich um niemand mehr da draußen. Bei der unmittelbaren Verständigung mit Frankreich sollte eben jeder Stein des Anstoßes weggeräumt sein. Man ging noch weiter. Man stellte die ganze Innenpolitik in den Dienst der französisch-deutschen Annäherung. Erzberger, dessen politischer Einfluß gerade seit den Maitagen 1921 wieder entscheidend wurde, schmiedete die Frankreich ergebene Front der proletarischen Führer. Seine Ermordung brachte durch die Aktivität Wirths und Georg Bernhards Frankreich Sieg über Kahr und den noch größeren französischen Triumph einer deutschen Regierungsoffensive gegen die nationale Widerstandsgesinnung. Man ging noch weiter. Man ließ französische Agentenkreise in Deutschland zur Herrschaft gelangen. Weil sie Freunde zu sein schienen und auf dem Pflaster Berlins den sogenannten unmittelbaren Weg nach Paris ebneten, förderte man sie und hob sie empor. Die „Vossische Zeitung" wurde halbamtliches Regierungsorgan. Man ging noch weiter. Regierung und „Vossische Zeitung" umgarnten die Industrie, dann auch die Landwirtschaft, um deren Kräfte in den Dienst ihrer Außenpolitik zu zwingen. Und es gelang schier. Großkapital und Proletariat, Industrie-Partei und Sozialdemokratie als Regierungsblock zu schmieden. Bald konnte auch parlamentarisch die Politik der Hingabe an den größten Feind betrügerischerweise als Willensangelegenheit des ganzen deutschen Volkes hingestellt werden.

Wir hatten es weit gebracht: An demselben Tage, an dem die „Vossische Zeitung" eine Rede des Ministerpräsidenten a. D. Kahr mit der hämischen Bemerkung versah: das W. T. B. verbreite diese Rede, als ob es sich um die Auslassungen eines deutschen Reichskanzler handele, verbreitete dieses selbe Blatt in derselben Nummer in extenso mit eigener redaktioneller Einleitung und einem großen Aufwand von ergänzenden Depeschen die Rede des französischen Ministerpräsidenten Briand, wie um zu unterstreichen, daß nicht Kahr, sondern Briand faktisch als deutscher Reichskanzler zu gelten habe. So waren wir auf dem Gipfel der frankophilen Kontinentalpolitik angelangt.

Da traf uns die Kunde von Oberschlesiens Schicksal. Soeben noch hatte Loucheur in Wiesbaden Rathenau betört. Soeben hatte Rathenau die Reichsregierung, die deutsche Industrie-Vertretung, den Auswärtigen Ausschuß des Reichstags eingeschlummert. Da griff Frankreich mit roher Hand zum Messer, um uns erneut aus dem lebendigen Leibe deutsches Land und deutsches Volk zu schneiden. Frankreich hatte dafür gesorgt, daß es bei dieser Operation nicht gestört wurde. Die englisch-deutsche Entfremdung war geschickt von ihm ausgenutzt worden, um das verärgerte London in der Polenfrage gegen uns zu kehren. England beugte sich der französischen Politik. Und damit sank auch der Völkerbund zum Exekutivorgane des englisch-französischen Kompromisses herab.

Viel schlimmer noch als der äußere Verlust des Landes im Osten sind die seelisch-politischen Begleiterscheinungen.

Man lese die französische Presse. Hohn klingt durch alle Blätter. Sie lachen über unsere sogenannte nationale Erregung. Sie nehmen uns nicht mehr ernst. Sie behandeln Wirth wie einen Stiefelputzer. Sie drohen mit der Peitsche. Sie persiflieren das Volk, das sich prostituierte.

Und wir? Man versteht es noch, daß die radikale „Freiheit" in Betrachtungen über die oberschlesische Tragödie die Parole ausgibt, wir sollten eben „positive Arbeit" leisten. Handelt es sich doch nicht darum, für das deutsche Mutterland und Vaterland zu arbeiten. Sondern heldenhaft sich aufzuopfern für den französischen Staat und den französischen Kapitalismus! Man versteht es auch, daß der „Vorwärts" und die sozialistischen Minister in der ganzen Angelegenheit nur die lästigen innerpolitischen Rückwirkungen, die Störung der ministeriellen Ruhelage unangenehm empfinden und in der parteipolitischen Selbsterhaltung in den Reichsämtern, wie der parteipolitischen Eroberung einiger preußischer Aemter die Hauptaufgabe des Augenblicks sehen. Man versteht es erst recht, wenn der „Vossischen Zeitung" vor der Gefahr einer deutsch-französischen Verstimmung schwindelt. Wenn nur ihr Günstling Wirth bleibt, so denkt sie, dann wird sich der Weg zu Frankreich schon wieder finden. Muß sie doch um jeden Preis „nur deutsche Politik", aber nur nicht gegen Frankreich treiben und diesen dummen Deutschen auch den französischen Standpunkt beibringen. Doch was soll man dazu sagen, wenn ein Organ, das sich „Der Deutsche" nennt, das dem preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald nahesteht, unter der feierlichen Ueberschrift „Oberschlesien und wir" folgende entscheidenden Sätze wagt: „Wir werden den Bruch feierlicher Versprechungen durch die Entente allmählich als einen dauernden Faktor in unsere politische Rechnung einstellen und uns demgegenüber möglichst mit einer abwartenden Taktik behelfen müssen. Dem deutschen Michel bleibt eben heute nichts anderes übrig, als die Rolle des Igels zu spielen, der sich mit seinen Stacheln gegen die feindliche Vergewaltigung wehrt. Als Adler war Michel gewiß schöner, aber das läßt sich nun einmal vorläufig nicht ändern."

„Der Deutsche" redet noch von Stacheln! Dabei sind wir durch die Erfüllungslüge zu einer widerstandslosen Masse geworden. Gebt acht, daß wir nicht zum Leichnam werden!

Wenn man die Raubvögel sieht, die aus Westen und Osten zusammenfliegen, um sich an den unförmlichen Resten des deutschen Volkskörpers ein Mahl zu bereiten, dann wundert man sich nicht, daß Verwesungsgeruch als sogenannte öffentliche Meinung über dem Ganzen schwebt.

Aus dem Inhalt:

Festgerannt! Von Dr. Eduard Stadtler.

Oberschlesien.
Von Dr. Wilhelm von Kries.

Arbeiterschaft und Oberschlesien.
Von Fritz Weth.

Die Folgen der Mark-Entwertung.

Kritik der Presse. Von Chronist.

Ein Mann und ein Typ.
Von Dr. Max Hildebert Boehm.

Palmströms Verhaftung.
Von Plex.

Oberschlesien

Von Wilhelm von Kries

Es gibt eine lebendige Sprache und tote Worte. Die deutsche Regierung sitzt betrachtend auf einer Wortveranda, die an einem Gebäude aus Phrasen mit kindlicher Unbeholfenheit befestigt ist. Der Strom der Ereignisse fließt träge zu ihren Füßen und spiegelt ein Schattenspiel von Wesenlosigkeit. Man betrachtet das Problem Oberschlesien. Die oberschlesische Frage ist zusammengezogen worden in ein paar Zahlen. Auf einer großen Landkarte besieht man einige rote Punkte. Terror-Gebiete steht darunter zu lesen. Man blättert in Abdrucken von Aktenstücken, besieht sich Photographien mit entstellten menschlichen Kadavern und beratschlagt über die Formulierung irgendeiner neuen — Phrase. Vor den Türen steht das deutsche Volk. Man hat es in ein papiernes Geschirr gekleidet und ihm eingeredet, dieses wäre eine Verfassung. Darin sieht es so harmlos und bescheiden, so friedlich und duldsam aus, daß die personifizierten Worte, die seine Machthaber sind, kaum noch Angst vor ihm haben. Das Ausland freut sich dieses Narrenschauspiels und weiß, daß nichts einfacher ist, als einen Narren zu behandeln. Er darf Torheiten sagen, und wenn er ernsthaft werden sollte, sorgt ein Fußtritt für entsprechende Belehrung.

Es nützt heute nicht mehr, von der oberschlesischen Frage zu reden. Es ist ein matt gesungenes Lied. Und wenn wir die gesamte Weltpresse als Sprachrohr zur Verfügung hätten, wenn wir die gesamten Papierfabriken für die Flugblatt-Fabrikation benutzen dürften, man glaubt uns nicht mehr. Die französische Presse sieht die Situation richtig. Sie sieht ein Kabinett, das die oberschlesische Frage nach fünftägigen Verhandlungen in Prozenten der deutschen Kohlenproduktion zu berechnen beginnt, das seine wirtschaftliche Lage in Prozenten des Dollarkurses berechnet. Ein solches Kabinett bellt: aber es ist froh, wenn es wieder an die Kette der Erfüllung gelegt wird. Dann kann es wenigstens von geschehenem Unrecht reden und kommt nicht in die Verlegenheit von deutschen politischen Aufgaben, von einer deutschen Mission zu sprechen. Für unsere Regierung wäre es eine Katastrophe, wenn man sie zwingen sollte, das Deutschtum zu vertreten. Darum verkriecht man sich lieber in Aktenfestungen, darum arbeitet man mit Ver-

ordnungen, diplomatischen Noten und Worten. Zwischen dem Volke und der Wahrheit türmt sich ein Wall aus Druckerschwärze und Papier. Der Kitt, der Regierung und republikanische Untertanen zusammenhält, heißt Tinte.

Es ist eine Beleidigung der Sache Oberschlesiens, wenn man sie in Kilowattstunden, Kohlentonnen und Erfüllungsmilliarden umrechnet. Das sind keine Argumente, mit denen man in der Gegenwart Eindruck erzielen oder vor dem Richterspruch der deutschen Zukunft bestehen kann. Die oberschlesische Frage ist ein Problem des Rechts für die Welt. Für Deutschland eine Probe auf den Mut der Ueberzeugung. Man kann fragen, ob wir es heute als Volk wert sind, Oberschlesien zu behalten, wenn wir jetzt nicht den Mut finden, für Oberschlesien als Volk einzutreten. Unsere Führer übersetzen jedoch das Wort Mannhaftigkeit in Militarismus, Mut in Beleidigung, und glauben damit der Sache, dem Volke zu dienen. Es gibt noch Menschen, die glauben an die geschichtliche Größe des deutschen Volkes, glauben an eine deutsche Aufgabe. Für sie ist die Behandlung der oberschlesischen Frage nicht nur die Probe aufs Exempel der Erfüllungspolitik, nicht nur ein kaufmännisches Rechenexempel. Die oberschlesische Frage ist für sie heute, wo die Entscheidung in unmittelbare Nähe gerückt ist, wo die beamteten Parteifunktionäre einen Entschluß zu fassen haben, die Probe auf die menschliche Größe des deutschen Volkes, die in einer tapferen Politik ihren Niederschlag finden müßte. Wir selbst sind unseres Schicksals Schmiede. Wir selbst sind verantwortlich, wenn es uns heute nicht gelingt, unserem Standpunkt Geltung zu verschaffen. Es mag wohl sein, daß wir durch Gewalt gezwungen werden, zu weichen. Aber es ist ebenso sicher, daß Worte nicht mehr genügen, daß wir handeln müssen. Politische Handlungen sind nicht notwendigerweise Truppenbewegungen. Sie sind auch nicht Proteste. Proteste sind rein protokollarische Handlungen, die den Verzicht als Kainszeichen auf der Stirn tragen. Politische Handlungen sind Entschlüsse. Entschlüsse geben dem Willen eine Richtung. Sie verändern in der Politik die Verteilung der Kräfte. Proteste werden zu Akten geschrieben. Willenserklärungen müssen entweder bekämpft oder gutgeheißen werden. Sie erzeugen eine Wirkung. Jede Wirkung geht aus der Gegenwart in die Zukunft und schafft damit die Voraussetzungen für die kommende Generation.

Von der kommenden Generation hat noch niemand gesprochen. Daß die Regierung gegenüber Kind und Kindeskindern die Verantwortung trägt, nicht nur in Wirtschaftsfragen, sondern ebenso sehr für die Wahrung des Vermächtnisses politischer Kraft, politischer Forderungen und Guthaben, deren Verteidigung eine Frage nationaler Ehre ist, wird verschwiegen. Es geht um das Herz Oberschlesiens. Die Oberschlesier sind in Genf vergessen worden. Siebenhundertundfünfzigtausend Menschen haben für Deutschland gestimmt. Vierhundertachtzigtausend für Polen. Das sind lebende Zahlen. Das sind über eine ¾ Million einzelner Willenserklärungen, einzelner Bekenntnisse zur deutschen Sache, die weitergegeben werden müssen an die nächste Generation, mit Zins und Zinseszins. Menschen verzinsen sich nicht wie Kapitalien. Sollen sie dem Deutschtum treu bleiben, gilt es auch für die amtliche Politik, ein Gefühl der Liebe, ein Gefühl der Zuneigung und des Verständnisses nicht nur wortreich zu umschreiben, sondern mit der ganzen Kraft glaubwürdig zu machen. Des Glaubens würdig ist nur die Sprache des Herzens. Ihr eine politische Ausdrucksform zu verleihen, ist Aufgabe der Regierung. Nur so kann sie zum dauerhaften Bestandteil unseres nationalen Wollens werden.

Es gibt eine Sünde wider den heiligen Geist des Deutschtums. Wir alle sind mitverantwortlich, ob wir sie zulassen wollen. Wenn wir heute uns in dem Entschluß zusammenfinden, daß die 750 000 deutsch empfindenden Oberschlesier jedes Opfer wert sind, daß sie den Glauben an die deutsche Zukunft wiederfinden, wird sich fortwirkend von heute auf morgen, vom Einzelnen auf die Gesamtheit ein Strom deutscher Kraft auch in jene Gebiete ergießen, die abgetrennt und gewaltsam entfremdet worden sind. Damit wird die oberschlesische Frage zu einer Angelegenheit des Deutschtums in einem höheren Sinne, als sie bisher behandelt worden ist. Damit würde sie auch in der großen Welt sichtbar und verständlich werden. Die oberschlesische Frage ist mehr als ein Symbol. Sie ist ein politischer Inhalt. Sie muß zum Anlaß werden, den deutschen Willen als eine ausschlaggebende Tatsache in die Welt der Politik zu gründen. Das erwartet man von uns. Daß man es von uns erwartet, ist keine leere Behauptung. Die Rede Lloyd Georges im Mai dieses Jahres war eine politische Handlung, war keine unüberlegte Entgleisung. Die Rückwirkung in Deutschland ist ausgeblieben. Die Energie, die aus ihr sprach, zog keine Ringe in dem Sumpf unseres politischen Wollens. Allein die Freiwilligen, die ihr Leben für Oberschlesien einsetzten, haben es verhindert, daß die Achtung vor Deutschland nicht völlig bei den Völkern verschwunden ist, die Mut und Tatkraft, Unternehmungsgeist und Waghalsigkeit als die höchsten Kräfte politischen Geschehens nicht nur anbeten, sondern auch betätigten. Auch in der Politik gilt der soldatische Satz: Nachdenken ist Feigheit. Die politische Wirkung ist eine Instinktfrage, die auf Tradition beruht. Noch ist es Zeit, um die Fehler der Vergangenheit wieder gut zu machen. Noch können wir die Nation von dem Fluch der Minderwertigkeit retten. Wir brauchen ihr nur die Wirklichkeit zu zeigen, die von der Tarnkappe leerer Worte verhüllt wird. Denn wir können die Achtung der Welt nur erringen, wenn wir die Achtung vor menschlichen Werten höher stellen, als materielle Wohlfahrt. Wenn wir uns in dem Entschluß zusammenfinden, um Oberschlesiens willen eine Opfergemeinschaft zu gründen!

Wochen-Chronik

Der französische Royalist Renauld gibt dem französischen Expräsidenten Poincaré die Schuld am Weltkriege und nennt ihn den „ersten Totengräber Europas".

•

Das englische Parlamentsmitglied Kenntworthy erklärt in einem Briefe an die „Times", daß Oberschlesien der höchstentwickelte Industriebezirk von Europa und unteilbar wie das Werk einer Uhr sei.

•

Briand erklärt in den Wandelgängen der Kammer jedem, der es hören will, daß die Entscheidung über Oberschlesien weit günstiger ausfallen werde, als man vom Völkerbundsrate ursprünglich habe erwarten können.

•

Die deutschen Pazifisten regen an, die Reichswehr abzurüsten und in Oberschlesien nochmals abstimmen zu lassen.

•

Bei der Kundgebung des Preußischen Landtags gegen die Genfer Entscheidung bleiben unverständlicherweise die Kommunisten und selbstverständlicherweise die Unabhängigen auf ihren Sitzen.

•

Die Besprechung der Vertreter der deutschen Industrie mit dem deutschen Reichskanzler wird infolge der Nachrichten aus Genf auf unbestimmte Zeit verschoben.

•

Die interalliierte Rheinlandkommission erläßt eine Verordnung zur Knebelung der Presse und Unterdrückung von Veranstaltungen, Aufführungen und Kundgebungen unter ausdrücklicher Berufung auf den Ausnahmeerlaß der Reichsregierung vom 29. August. — Die Reichsregierung nimmt nach dem Muster der Rheinlandkommission die Verhaftung von Eduard Stadtler vor.

Arbeiterschaft und Oberschlesien

Die Arbeiterklasse hat kein Vaterland! Hat sie das wirklich nicht? Mehr als die ökonomischen Ursachen der völkischen Entwurzelung der Arbeiterklasse hat dieses Wort von Karl Marx die deutsche Arbeiterschaft aus der Gemeinschaft ihrer Nation herausgesogen.

Je größer die Zahl der Illusionen ist, die ein Schlagwort umschreibt, um so werbender wirkt es in Deutschland. Was geht zudem das Schicksal der Nation die Einsicht derjenigen an, die aus internationaler Klassensolidarität eine nationale Schicksalsgemeinschaft verleugnen? Was gilt weiter das Schicksal der Nation denen, die selbst dann nicht mehr in Völkern denken wollen, wenn sich die Entente bemüht, ihren Klassenbrüdern die Zugehörigkeit zur deutschen Nation mit der Reitpeitsche begreiflich zu machen?

Viel tiefer als der Sozialismus es gewollt, hat das Wort von der „Vaterlandslosigkeit" des Arbeiters sich in das Proletariat hineingefressen. Es wurde ihm der Aufruf zur Lösung aller menschlicher Bindung schlechthin. Auch den Gedanken von der Solidarität der Arbeiterklasse griff es an. Nur so ist es möglich, daß in Oberschlesien deutsche Arbeiter in ihrer wirtschaftlichen und völkischen Not vergebens die mitteldeutsche Arbeiterschaft zur nationalen Gebundenheit zurückrufen. Mögen die von der Entente in die Welt gesetzten Wirklichkeiten die internationalistischen Dogmen in der grenzdeutschen sozialistischen Arbeiterschaft zerstören, mag dadurch der Ring der Prinzipienfesten kleiner werden — in Mitteldeutschland und seinen Großstädten flattert die Fahne der Unentwegten.

Was verbirgt sich hinter der Passivität mitteldeutscher Arbeiter gegenüber dem Schicksal, das Deutschland an seinen Grenzen und insbesondere von Oberschlesien her bereitet wird? Es ist nicht Feigheit, nicht die Furcht, sich im Gegensatze zur gewonnenen pazifistischen Weltanschauung mit verzweifelten Mitteln zur Wehr setzen zu müssen. Sondern es ist ein anderer Grund, der noch immer nachwirkt, es ist das Unrecht der Etappe, des Kriegsgewinnlertums und der reklamierten Durchhalteprediger. Das Verbrechen, das die Heimat seit 1915 am Idealismus des Frontsoldaten verübt hat, und das an den Ehrlichen dieser Zeit noch weiterverübt wird, hat den nationalen Idealismus des Arbeiterfrontsoldaten ausgelöscht. Aber trotzdem wird sich an der Enttäuschung der deutschen Arbeiterschaft über die nationale Entwicklung des ausländischen Sozialismus die nationale Gesinnung der deutschen Arbeiterschaft wieder bilden müssen, wenn sich der deutsche Arbeiter nicht selbst aufgeben will. Wieder zeigte sich an der Verhöhnung der deutschen Abgesandten der K. P. D. auf dem Parteitage der italienischen Sozialisten, wie weit man im proletarischen Auslande davon entfernt ist, internationale Arbeiterpolitik im Sinne der marxistischen Idee zu machen.

Ein weiterer Grund der Scheu vor allen Konflikten, die sich aus Oberschlesiens Schicksal ergeben, ist seitens der Arbeiterschaft ihr innerlicher Machtkampf, der freilich in erheblichstem Maße im Interesse der Führerschaft durchgefochten wird. Diese Führer wissen, daß die Stoßkraft der deutschen Arbeiterklasse im Interesse ihres innerpolitischen Machtkampfes außerpolitische Ablenkungen nicht ertragen kann. Wie denn überhaupt die politische und wirtschaftliche Kraft der Arbeiterschaft mehr und mehr nachläßt. Darüber täuscht auch das lärmende Auftreten des Sozialismus in der parteiverseuchten Oeffentlichkeit nicht hinweg. Die organisierte Führung des Sozialismus ist, wie jede Führung, Machtwille. Eingekapselt in die marxistische Idee, unberührt von den auf- und abwogenden Wirklichkeiten tritt sie immer mit den gleichen Parolen in den Vordergrund des politischen Seins. Und so kämpft die Arbeiterklasse ihren Klassenkampf weiter — gegen die Nation, zu der sie selbst gehört.

Selbst die Wahrscheinlichkeit der wirtschaftlichen Katastrophe, die gewollt und ungewollt durch Losreißung Oberschlesiens über Deutschland hereinbrechen wird, hat den Fatalismus des mitteldeutschen Sozialisten noch nicht erschüttern kön-

---

Es gibt nichts Kläglicheres unter der Sonne, als eine Regierung, welcher jeder Intrigantenklub die exekutive Gewalt unterm Hintern wegstehlen kann und die dann vor dem „Liberalismus" der Schwünge, Knoten und Dorfmagnaten zittern muß.

Jakob Burckhardt

Ein Mann und ein Typ

Zu Bismarcks Drittem Bande

Von Max Hildebert Boehm

Nach den vorgreifenden Veröffentlichungen einzelner Auszüge aus dem dritten Bande des monumentalen Vermächtnisses unseres größten Staatsmannes war von dem vollständigen Erscheinen keine große Bereicherung an geschichtlicher Einzelkenntnis zu erwarten. Es bleiben da sogar noch Lücken offen, deren Aufhellung erst zukünftiger, archivalischer Forschung überlassen ist. Nicht durch Einzelzüge, sondern als gewaltiger Gesamteindruck imponiert der Dritte Band. Er erschüttert auf dem Hintergrunde dessen, was inzwischen geschah, ob das nun im Einzelnen die Prophetie des greisen Kanzlers bestätigt oder widerlegt hat. Gegenüber dem leichtfertigen Optimismus des jungen Kaisers, der einer Aera des Epigonentums und des Dilettantismus den Namen geben sollte, hat der tragische Pessimismus des verwitterten Recken aus dem Sachsenwalde furchtbar Recht behalten.

Wir wollen schweigen von den vernichtenden Blößen, die der junge Kaiser sich durch die unerhörte Form seines Vorgehens gegen einen Mann gab, der damals bereits heroischen Rang im allgemeinen Bewußtsein des Volkes errungen hatte. Die Presse der Partei, gegen deren Widerstand Bismarck sein Werk durchgeführt hat, wird diese Dinge gern benutzen, um heute für Bismarck gegen Monarchie und Monarchismus daraus Kapital zu schlagen. Wir überlassen den ewig Wandelbaren, den Neurepublikanern der bourgeoisen Demokratie die Umwandlung ernster geschichtlicher Lehre in agitatorische Scheidemünze. Wir suchen den Konflikt des alten Staatsmannes und des jungen Herrn tiefer zu begreifen. Wir lassen den außenpolitischen Streitpunkt, die Frage des Verhältnisses zu Rußland, beiseite. Hier liegt der Dilettantismus des jungen Kaisers allzu offensichtlich zutage. Wir gehen von der Frage der Sozialpolitik aus, wo Recht und Unrecht, Instinkt und Verhärtung minder klar verteilt sind.

Der Kaiser war für Ausbau der Schutzpolitik. Bismarck warnte. Bismarck ließ es selbst auf blutige Konflikte mit der Arbeiterschaft ankommen. Der Kaiser wollte durch Entgegenkommen versöhnen. Der Kanzler selber hatte seinerzeit den Doppelweg des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und der Fürsorge für die Arbeiterschaft beschritten. Nach einem Jahrzehnt, das greifbare Erfolge nicht gebracht, das im alternden Kanzler Verbitterung und Enttäuschung genährt haben mochte, trennten sich Kaiser und Kanzler, weil der eine diesen, der andere jeden Weg vereinseitigend fortführen wollte. Es war ein Kampf zwischen resigniertem Alter und illusionsgläubiger Jugend, der doch auf ureigenstem bismärckischem Boden ausbrach. Es ist merkwürdig genug, den eisernen Kanzler, der auch vor einer innenpolitischen Blut- und Eisenkur nicht zurückbebte, den neuen Schutzgesetzplänen des Kaisers das Argument entgegenhalten zu sehen: sie griffen in die Freiheitsrechte des Arbeiters als Familienvater zu tief ein. Und es beleuchtet umgekehrt die Sinnesart des Kaisers, die der alte menschenverachtende Menschenkenner wohl durchschaute, daß Wilhelm II. sich in Zerschmetterungsphrasen gefiel und doch mit weich-humanitärer Hand schnelle Beschwichtigungserfolge erzielen wollte.

Vergegenwärtigt man sich den weiteren Verlauf der wilhelminischen Sozialpolitik, dann bemerkt man freilich, daß Bismarcks Werk von 1881 zwar Ausgangspunkt war, daß aber die eigentlich bismärckische Wegrichtung nicht eingehalten wurde. Die Aera Berlepsch unter dem jungen Kaiser brachte einen Ausbau der reinen Schutzpolitik von oben her, deren Anfänge in der vorbismärckischen Arbeit, ja eigentlich bereits in der Leistung des aufgeklärten Absolutismus Altpreußens lagen. Bismarck durchschaute auch scharf genug, daß es dem Kaiser wesentlich darauf ankam, für einen romantisch empfundenen Absolutismus ein modernes Fundament zu gewinnen. Bismarcks genialer Grundgedanke, den er freilich — darin der Resignation des späteren Luther gegenüber dem jungen nicht unähnlich — selber aufgegeben hatte, war ein anderer gewesen. Er hatte in den Anfängen seiner Sozialgesetzgebung vor der Frage gestanden, ob er diese staatlich oder körperschaftlich aufbauen sollte. Das staatliche Moment hatte das Uebergewicht erlangt, das Neue und Bahnbrechende hatte aber doch in der Einbeziehung körperschaftlicher Organisationsprinzipien gelegen. Diese zurückgedrängten, durch die Bürokratisierung nachher völlig unterdrückten Tendenzen standen für Bismarck in bewußtem Zusammenhang mit den Plänen umfassender körperschaftlicher Neuordnung der Wirtschaft, mit seinem Gedanken eines Volkswirtschaftsrats, einer wirtschaftspolitischen Entlastung des Parlamentarismus. Der konservative Staatsmann hatte es im Instinkt, daß es mit einer Säkularisierung der Caritas, mit einem verstaatlichten und bürokratisierten Patriarchalismus nicht getan sei, sondern daß es auf aktive Einbeziehung des vierten Standes in das lebendige Staats- und Wirtschaftsleben ankäme. Daß ihm eine Verhätschelung, eine Liebedienerei vor einer emporsteigenden Schicht fernläge, demonstrierte er durch die fortgeführte Kampfaktion gegen die Umsturzpartei. Erinnerte ihn der oberflächliche Rückfall des jungen Kaisers an das Scheitern seiner tiefsten Absichten? Oder war er in seinem Alter selber an ihnen irre geworden, ohne doch nun den andern Weg, den Weg des entschlossenen Staatssozialismus obrigkeitlichen Gepräges stetig weiter verfolgen zu wollen? Darüber gibt uns auch der Dritte Band keinen befriedigenden Aufschluß. Wir werden da wohl immer auf mittelbare Schlüsse angewiesen bleiben, zumal diese Zusammenhänge dem alten Kanzler selber schwerlich klar ins Bewußtsein getreten sein dürften.

Eines freilich bewies ihm die innere wie die äußere Politik des jungen Kaisers deutlich: zum großartigen Relativismus der zwei Eisen im Feuer, zur Sozialpolitik mit Kampf und Fürsorge, zugleich zur Außenpolitik mit Oesterreich und zugleich mit Rußland und vielleicht gar mit England, zur Verstrebung innerer und äußerer Politik in der organisierten Einheit eines einzigen umfassenden Willen, zu dieser letzten und tiefsten Bewährung des monarchischen Gedankens — dazu fehlte dem jungen Kaiser jede persönliche Voraussetzung. Die wilhelminische Aera brachte eine Wiederkehr des stümperhaften Absolutismus. Diese Entwicklung fällt nicht dem Einzelnen, sie fällt einer ganzen Generation zur Last. Der spezialistische Aberglaube dieser Epoche zeitigte die Politik der isolierten Aktionen, und aus dem Kompilatorentum und dem Synkretismus, die das Kehrbild des Spezialistentums sind, kam das Zerrbild der bismärckischen organisch-einheitlichen Allseitigkeit: das Alles- und Nichtswollen, der Zickzackkurs, die Allerweltsfeindschaft, der Zusammenbruch. An jenem Märztage vor rund einem Menschenalter, da der junge Herr dem bewährten Diener seines Hauses, dem gefeierten Helden der Nation die Türe wies, nahm das Verhängnis seinen Anfang. Ein Mann ging, ein Typ siegte. Und an diesem Typ sind wir zugrunde gegangen.

nen. Er reagiert nicht auf eine wahrscheinliche Entwicklung, er denkt nicht mehr in Gemeinschaften, er ist nur bereit, die greifbaren Nöte individuell zu bekämpfen. Der Einzelne wird sich schließlich ihrer für seine Person zu erwehren suchen. Und doch hätte die Arbeiterschaft allen Grund, in Oberschlesiens Schicksal ein Menetekel zu sehen. Politisch und wirtschaftlich in die schärfste Defensive gedrängt, innerlicher Auflösung nahe, zum mindesten jedoch einem Umwandlungsprozeß unterworfen, der ihre Aktivität hemmt, werden über sie alle Folgen der weiteren wirtschaftlichen Bedrohung Deutschlands am unbarmherzigsten kommen.

In Oberschlesien, wo deutsche Arbeiter um ihrer Nationalität willen zu leiden haben, wird die Phraseologie des Sozialismus durch die harte Wirklichkeit widerlegt. In Oberschlesien, wo deutsche Arbeiter vergewaltigt werden, hat die Welt wieder einmal neue Definierungen für die Worte „Recht und Gerechtigkeit" erlebt. Diese verstehen und verwerten lernen, heißt für die Arbeiterklasse sich zu einer Politik der Selbstbehauptung zurückfinden.

Wenn die deutsche Arbeiterschaft diese Politik der Selbstbehauptung im außerpolitischen Sinne nicht begreift und demgemäß handelt, wird die Entente ihren besten Verbündeten nach wie vor in Deutschlands proletarischer Führung haben und diese in ihrem Interesse gegen das deutsche Volkstum und damit auch gegen das deutsche Proletariat ausnutzen.

Fritz Weth

Die Folgen der Mark-Entwertung

Wir bringen als ein Sachverständigenurteil, das in hartem Gegensatz zu dem unverantwortlichen Regierungsoptimismus steht, mag er sich in des Kanzlers oder in des Wiederaufbauministers billigen Wirtschaftsprognosen ausdrücken, folgende Ausführungen aus dem Schlußkapitel des soeben im Verlag von Felix Meiner, Leipzig, erschienenen wichtigen Buches von Dr. Henry **Behnsen** und Dr. Werner **Genzmer** „Die Folgen der Markentwertung".

Das Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz ist der Angelpunkt der Kriegsentschädigungsfrage. Weil die Kriegsentschädigungsraten nach dem Londoner Finanzdiktat den Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz vergrößern, deshalb beschleunigen sie den Eintritt der Zahlungsunfähigkeit des Reiches gegenüber den Alliierten. Keynes ist der Ansicht, daß die Alliierten nach dem Eintritt der Zahlungsunfähigkeit des Reiches das Londoner Finanzdiktat revidieren müssen, das heißt also wohl, daß sie die Zahlungstermine hinausschieben und vielleicht auch die einzelnen Kriegsentschädigungsraten herabsetzen müssen. Eine solche Revision des Londoner Finanzdiktates wird indessen nicht mehr genügen, weil die Markvaluta durch die Wirkungen des Vertrages von Versailles schon zu krank geworden ist. Auch ohne Kriegsentschädigungsraten muß die Markentwertung fortdauern, weil wir durch den Verlust der landwirtschaftlichen und industriellen Ueberschußgebiete im Osten und Westen des Reiches, durch die Liquidation des Auslandseigentums, durch den Verkauf und die Beschlagnahme der ausländischen Wertpapiere in deutschem Besitz, durch den Verlust unserer Kolonien und die Ablieferung unserer Handelsflotte unentbehrliche Aktivposten in unserer Zahlungsbilanz eingebüßt haben und weil wir andererseits durch den Vertrag von Versailles zum Schaden unserer Zahlungsbilanz zu einer größeren Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, zur Zahlung von Frachten an ausländische Reeder und von Tributen an das in Deutschland angelegte fremde Kapital gezwungen werden. Diese Ursachen der Markentwertung müssen beseitigt werden. Selbstverständlich lassen sich nicht alle Verluste, die uns der Vertrag von Versailles und seine Vor- und Nachverträge gebracht haben, auf die Weise ausgleichen, daß unsere Volkswirtschaft restlos in alle Teile ihres seit 1914 verlorenen Besitzes wieder eingesetzt wird. Aber das steht fest: ehe nicht die Verluste in unserer Zahlungsbilanz durch den Vertrag von Versailles rückerstattet, ersetzt oder sonstwie ausgeglichen sind, bleiben die Ursachen der Markentwertung und unserer ganzen finanziellen und wirtschaftlichen Not noch weiter bestehen. Alle die anderen Erscheinungen des Verfalles, um die der Streit in der inneren Politik tobt, die leichte Bereicherung durch Warengewinne, durch Aktienspekulation und durch Devisenspekulation, sind nur Folgen der Zerstörung unserer Zahlungsbilanz durch den Friedensvertrag. Diese Folgen sind von jeher und in allen Ländern eingetreten, deren Zahlungsbilanz ebenso wie die unsere aus dem Gleichgewicht gebracht worden war. Sie sind so in der Natur des Menschen und der Wirtschaft begründet, daß alle moralische Entrüstung, alle Gesetzesparagraphen und alle noch so harten Strafen dagegen wirkungslos bleiben müssen. Aussicht auf Besserung bietet allein das Streben nach der Beseitigung des Passivsaldos in unserer Zahlungsbilanz. Wir brauchen wieder die festen Grundlagen unserer ehemals gesunden Zahlungsbilanz. Wir brauchen ein abgerundetes Wirtschaftsgebiet, den Wiederaufbau unserer Handelsflotte, die Reorganisation unseres Außenhandels, die Erwerbung neuen Auslandseigentums und die Heimischmachung des in Deutschland angelegten fremden Kapitals, dessen Tributforderungen jetzt unsere Zahlungsbilanz belasten. Es ist die höchste Zeit, daß das deutsche Volk über diese Lebensnotwendigkeiten aufgeklärt wird und nicht in innerpolitischen Bruderkämpfen, die zur Beseitigung des wirklichen Grundes unserer Not nicht das geringste beitragen, seine Kräfte vergeudet und seine Moral zugrunde richtet. Es ist gänzlich aussichtslos, durch innerpolitische Maßnahmen den Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz, den wahren Urgrund unserer finanziellen, wirtschaftlichen und valutarischen Not, auszugleichen. Dazu genügt nicht einmal die Nichtigerklärung des Londoner Finanzdiktates. Was wir zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft unbedingt brauchen, ist die vollständige Beseitigung des Vertrages von Versailles und seiner sämtlichen Vor- und Nachverträge, die allein das Gleichgewicht in unserer Zahlungsbilanz wieder herstellen kann. Alles andere ist Nebensache.

Daß die Alliierten von einem Verzicht auf ihre — zum größten Teil doch nur eingebildeten — Gewinne noch weit entfernt sind, ändert nichts an der unwiderleglichen Schlüssigkeit dieser Gedanken.

Nicht allein Deutschland, sondern fast sämtliche am Kriege beteiligten europäischen Länder leiden infolge der Friedenspolitik der Alliierten daran, daß ihre Zahlungsbilanz im Verkehr mit dem Auslande das gesunde Gleichgewicht verloren hat. Die Grenzen, welche die Alliierten in ihrem Siegerwahn kreuz und quer durch Europa gezogen haben, laufen nicht nur den Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes, sondern den wirtschaftlichen Bedürfnissen fast sämtlicher europäischen Völker zuwider und müssen deshalb berichtigt werden. Die Alliierten haben ihren Schützlingen mehr Land gegeben als sie verdauen können, und haben den Deutschen, den Deutschösterreichern und den Ungarn mehr Land genommen, als diese auf die Dauer zur Aufrechterhaltung ihrer Volkswirtschaft entbehren können. Kulturell hochstehende Volksteile sind von den Alliierten der Herrschaft tieferstehender Völker unterworfen worden, die, wie Polens Beispiel zeigt, die reiche Beute unglaublich schnell zugrunde richten. Rußland ist durch Krieg und Revolution zugunsten Rumäniens und der Randstaaten zu einem Binnenstaat geworden. Diese Zustände sind unhaltbar. Die Karte Europas hat in bezug auf ethnographische, machtpolitische und wirtschaftspolitische Erfordernisse seit Jahrhunderten keinen so unfertigen Eindruck gemacht wie nach diesem Friedensschluß. Die natürliche Bewegung zur Berichtigung der europäischen Staatengrenzen wird kommen und sich mit unwiderstehlicher Kraft durchsetzen, mag sie auch zunächst noch Jahre oder Jahrzehnte auf sich warten lassen, mag sie in der Form der Volkserhebung oder der Revolution oder auch des Krieges vor sich gehen.

Aber nicht nur in Europa, sondern auch in Ueberseeleiden die am Welthandel beteiligten Länder an dem gestörten Gleichgewicht ihrer Zahlungsbilanz. Gerade dadurch wird die natürliche Bewegung zum Ausgleich aller Zahlungsbilanzen auf einer neuen Grundlage immer mehr an Stärke gewinnen und mit der Zeit die Widerstände überwinden, die jetzt noch der Beseitigung der von den Alliierten diktierten Friedensverträge im Wege stehen. Betrachtet man den heutigen Stand der Zahlungsbilanzen der verschiedenen Länder, so kann man zwei Gruppen unterscheiden. Die eine Gruppe, zu der die europäischen Neutralen, ein Teil der sogenannten Siegerstaaten und die überseeischen Rohstoffländer, namentlich aber die Vereinigten Staaten von Amerika gehören, kranken an dem Ueberwiegen der Aktivposten in ihrer Zahlungsbilanz und an dem dadurch hervorgerufenen Hochstande ihrer Währungen. Die andere Gruppe von Ländern, der außer den besiegten Staaten in Europa auch der größte Teil der alliierten Staaten in Europa angehört, leiden unter einem Passivsaldo in ihrer Zahlungsbilanz und einer dadurch herabgedrückten Valuta. Vorläufig scheint es so, als ob der Passivsaldo in unserer Zahlungsbilanz, solange die Mark im Auslande noch nicht ganz entwertet ist, uns die Möglichkeit gebe, durch Unterbietung der Konkurrenz der valutastarken Länder allmählich unsere verlorenen Außenhandelspositionen wieder zu gewinnen und unsere Produktion dem Friedensstande näherzubringen, während die valutastarken Länder in gewissen Zeitabständen immer wieder unter Absatzstockung und Beschäftigungsmangel leiden. Beschäftigungsmöglichkeit für die Arbeiter ist aber heute für alle Industrieländer mehr denn je eine Lebensfrage. Arbeit ist der Inhalt des Menschenlebens und die Grundlage des Volkslebens. Deshalb werden auch die valutastarken Länder je länger je mehr zu der Einsicht kommen, daß die Friedenspolitik der Alliierten auch sie schädigt und der Wiederherstellung eines gesunden Gleichgewichtes im weltwirtschaftlichen Verkehr hindernd im Wege steht.

Schon jetzt sind unverkennbare Tendenzen vorhanden, die auf den Ausgleich der Zahlungsbilanzen der am Welthandelsverkehr beteiligten Länder hinwirken. Eine dieser Bewegungen haben wir schon kennengelernt. Es ist die Unterbietung der valutastarken Länder durch die billige Konkurrenz der valutaschwachen Länder. Wenn sich auch die valutastarken Länder gegen diese Unterbietung durch Antidumping-Gesetze und hohe Sperrzölle zu schützen suchen, so können sie dadurch doch keine Gesundung der Verhältnisse herbeiführen, weil ihre Sperrmaßnahmen auch die valutaschwachen Länder zur Erhebung hoher Schutzzölle veranlassen müssen.

Eine weitere Tatsache, die auf den Ausgleich der Zahlungsbilanzen hinwirkt, ist die Preiskrisis in den überseeischen Rohstoffen. Die überseeischen Rohstoffländer zahlen seit etwa Jahresfrist den übrigen Ländern in der Form zu niedriger Rohstoffpreise, die nicht mehr ihre eigenen Produktionskosten decken, die Uebergewinne zurück, die sie während des Krieges erzielt haben . . . . .

Wie die Absatzkrisis in den überseeischen Rohstoffländern wirkt auch die Krisis auf dem internationalen Markte der Seefrachten auf einen Ausgleich der Zahlungsbilanzen der am Welthandelsverkehr beteiligten Länder hin. Auch hier sind es gerade die valutastarken Länder, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, England und die europäischen Neutralen, die infolge der zu niedrigen Frachtsätze den valutaschwachen Ländern von ihrem Reichtum abgeben müssen, während die Handelsflotten der valutaschwachen Länder infolge ihrer geringeren Selbstkosten mit den Frachtsätzen eher auskommen.

Zu den Bewegungen, die zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen beitragen, gehört ferner die Entwertung der mittel- und osteuropäischen Währungen. An alle valutaschwachen Länder ist seit Kriegsende schon fortgesetzt Geld verloren worden. Wer vor dem Sieg des Bolschewismus in Rußland Kapital angelegt hat — in Frage kommt hierfür hauptsächlich Frankreich —, hat es heute schon restlos eingebüßt. Auch durch den haltlosen Sturz der polnischen Mark, die nur noch den Bruchteil von einem Prozent ihres früheren Wertes besitzt, haben die Angehörigen aller Länder schon so viel von ihrem Vermögen verloren, daß ihnen an der polnischen Mark zu verlieren fast nichts mehr übrigbleibt. Nicht viel geringer sind die Verluste, welche die Entwertung der österreichischen Krone den Ländern mit besserer Währung gebracht hat. Auch an Ungarn und Bulgarien ist infolge ihres Währungsverfalles viel internationales Vermögen verlorengegangen. Demgegenüber sind die Einbußen des Auslandes an der deutschen Papiermark noch verhältnismäßig klein. Aber es bleibt ja auch nicht bei dem Zusammenbruch dieser Währungen. Wir haben gesehen, daß die Währungen Südslawiens, Rumäniens und der Tschecho-Slowakei mit unserer Mark Ende August 1921 schon ungefähr auf gleich tiefer Stufe gestanden haben. Wir halten es gar nicht für ausgeschlossen, daß diese drei Länder trotz der großen Landgewinne auf Kosten ihrer Nachbarstaaten der deutschen Mark auf dem Wege der Entwertung noch vorausgehen. In Südslawien sind bereits bedenkliche Anzeichen hierfür vorhanden. Auch Griechenlands Währung kann durch den mißlungenen Feldzug in Kleinasien nicht besser werden. An diesen Ländern können also die internationalen Geldgeber noch ebensolche Verluste erleiden wie an Rußland, Polen, Oesterreich usw. Die Bewegung zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen durch Verluste an den entwerteten Währungen wird schließlich vor Frankreich, Belgien und Italien und sogar auch vor diesem oder jenem neutralen europäischen Lande nicht haltmachen. Das gilt besonders für die Zeit, da in Ost- und Mitteleuropa die Staatsbankrotte beginnen, da die Zinsendienste der Staatsanleihen eingestellt und die Staatsanleihen annulliert werden und da die schon auf Bruchteile von Prozenten entwerteten Währungen den letzten Rest ihres Wertes verlieren. Dann werden die valutaschwachen Länder von ihren Auslandsschulden befreit und in der Zahlungsbilanz entlastet, während ihre ausländischen Gläubiger die Guthaben und Zinseinkünfte verlieren und in der Zahlungsbilanz ihrer Länder entsprechende Aktivposten fortfallen. Die Anwendung von Gewaltmitteln seitens der Gläubigerländer gegen diejenigen Staaten, die den Bankrott erklären müssen und deren Währung vollends zusammenbricht, ist nicht zu erwarten. Wer schon 99 % verloren hat, führt um 1 % keinen Krieg mehr, ganz abgesehen davon, daß ein solcher Krieg zur Eintreibung der Schulden vielleicht noch Werte zerstören, keinesfalls aber Werte schaffen kann . . . . .

Selbst wenn die Alliierten jetzt die Fehler ihrer Friedenspolitik einsehen würden, so käme die Erkenntnis doch sicher zu spät. Die Verwicklung der Weltpolitik durch die Friedensverträge läßt sich nicht mehr auf dem Wege der Verhandlungen entwirren. Die Völker Europas müssen den Weg der Not gehen, den ihnen ehrgeizige und kurzsichtige Politiker gewiesen haben. Alles steuert auf eine gewaltsame Lösung hin. Wie eine Prophezeiung der Zukunft Europas klingen die Worte, die Thomas Carlyle in seinem Werke „Die französische Revolution" über das Jahr 1788 geschrieben hat:

„Ehre dem Bankrott, der immer im großen gerecht ist, obgleich im einzelnen so grausam! Unermüdlich untergräbt er alle Lügen. Und stiege eine Lüge himmelhoch und bedeckte die Welt, so wird doch der Bankrott sie eines Tages hinabstürzen und uns von ihr freimachen."

Wir sind uns keinen Augenblick im Zweifel über das Elend, dem wir entgegengehen. Aber unser Volk hat in seiner Geschichte schon so viel Proben seiner Widerstandskraft gegeben, daß es uns als ein Unrecht erscheinen würde, daran zu zweifeln, daß uns nach den schweren Prüfungen der kommenden Jahre auch einmal wieder ein Aufstieg beschieden sein wird. Möge die Not die Stämme und Stände unseres Volkes einigen und uns die Männer bringen, die uns aus dem Niedergange wieder emporführen.

Palmströms Verhaftung

Palmström sitzt im Polizeipräsidium
mit dem Paragraphen 92,
unterhält sich scherzend mit dem Moloch,
der mit Tatzen als ein Iguanodon
durch die Gegenwart verheerend schreitet.
Punkt und Komma sind sein Schuppenpanzer,
Wortegeifer trieft aus seinen Lefzen,
seine Seele ist das Aktenzeichen
und sein Schweif, der reicht bis nach Assyrien,
wo auf tönernen Gesetzestafeln
erster Anfang ewig eingebrannt ist.
Aber Palmström-Charlie Chaplin tändelt
leicht beschwingt mit diesem Ungeheuer
und er zieht mit seinem Propfenbohrer
ihm die Worte-Würmer aus der Nase,
daß der Moloch, plötzlich sichtbar schrumpfend,
sich verdampfend, in ein Nichts zurücksinkt
und als eine arme zwei und neunzig,
schwarz auf weiß, ein Zeichen nur, zurückbleibt,
das als Nummer in der Friedrichstraße
oder auch als Ziffer im Kontorbuch
ohne Scheu und ohne Furcht gebraucht wird
überall wo Menschen schriftlich zählen,
selbst von Mädchen und von Konfirmanden.

Plex

(Ort): ...., den ....

Bestellschein.

(Ausschneiden, ausfüllen und mit 15 Pfg. freigemacht als Drucksache unter Umschlag senden an den Verlag „Gewissen", Berlin W. 30, Motzstraße 22.)

Wenn Mitteilungen angefügt werden, als Brief mit 40 Pf. (Stadtbrief) bezw. mit 60 Pf. (für Auswärtige) freimachen!

*Herr — Frau — Fräulein

(Vor- und Zuname): ....

Stand oder Beruf bezw. Titel ....

Wohnung: ....
(Bitte recht deutlich schreiben!)

bestellt hiermit zu sofort. Lieferung auf Veranlassung von

....

.... den laufenden Bezug auf das

Gewissen

Wochenzeitung für politische Bildung

*) Das Bezugsgeld (28 M. für ein Jahr) habe ich auf Postscheckkonto Berlin 81654 Verlag „Gewissen" eingezahlt.

*) Das Bezugsgeld bitte ich von mir durch Nachnahme zu erheben.

*) Nichtzutreffendes bitte streichen!

Kritik der Presse

Theodor Wolff sah im **„Berliner Tageblatt“** voraus, daß die Entscheidung des Völkerbundes zu unseren Ungunsten ausfallen werde. Und schloß seinen Montagsartikel mit den Worten: „Dann könnten wir nur ausrufen: hundertmal lieber zurück zu Talleyrand und Metternich!“ Der **„Tag“** schreibt jetzt zu den Umständen, unter denen die Verhaftung Eduard Stadtlers erfolgte: „Die geheimnisvolle Beschlagnahme der ganzen Briefschaften in der Wohnung weckt mit anderen Begleiterscheinungen seltsame Erinnerungen an die Zeit nach den Karlsbader Beschlüssen.“ Das ist ein sehr ungewolltes, aber sehr merkwürdiges Zusammentreffen, wie hier von zwei ganz entgegengesetzten Seiten die Erinnerung an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte beschworen und auf unsere Zeit bezogen werden! Wir haben, so scheint es, in dem schwarz-rot-gelben Deutschland von 1921 nur noch die Wahl, welchem von den beiden Deutschland, die es vor hundert Jahren gab, dem tyrannischen schwarz-gelben, oder dem demagogischen schwarz-rot-goldenen, wir uns zuwenden wollen. Nur daß heute die Tyrannen demagogische und die Demagogen eine tyrannische Politik machen! Außenpolitisch kommt jetzt, wie die Aeußerung von Theodor Wolff zeigt, unseren Demokraten die Tyrannei der Taillerand- und Metternichzeit immer noch erträglicher vor, als die Weltdemokratie mit ihrem Völkerbunde, zu dem sich unsere Demagogen 1920 bekannten. Dagegen sind innenpolitisch, wie die Verhaftung Eduard Stadtlers zeigt, die Erben von schwarz-rot-gold, auf dem Wege, Tyrannen zu werden. Einst warfen die Tyrannen die Idealisten ins Gefängnis. Heute sind die demokratischen „Idealisten“ zu Demagogen geworden und lassen die Patrioten verhaften.

•

Major d. G. Müller-Brandenburg nimmt die verzweifelte Frage zum Anlaß, die Hauptmann von Beerfelde in der **„Welt am Montag“** aufgeworfen hatte: „War alles umsonst?“ um sie mit den Vertrauensseligkeiten eines Deutschen zu beantworten, der nicht die Wirklichkeit sieht. „Noch habe ich den Glauben nicht verloren“ schreibt er. „Ich sehe hoffnungsvoll. Drum vorwärts!“ Müller-Brandenburg hat einen unglücklichen Augenblick für die Beteuerungen seines Optimismus gewählt. In Genf brachen abermals alle die Versicherungen zusammen, mit denen man das deutsche Volk in die Revolution gelockt und es bewogen hat, die Waffen niederzulegen. Ein „Friede ohne Sieger und Besiegte“, „Selbstbestimmung der Völker“, „Gerechtigkeit“, „Völkerbund“ — so hieß es damals. Davon hat sich nichts erfüllt. Und erstaunlich ist nur, daß diejenigen nicht wenigstens schweigen, die den Grund zu der grenzenlosen Enttäuschung des gutgläubigen Volkes gegeben haben. Als das Recht zusammenbrach, als unser Schicksal klarer und klarer wurde, da waren es Offiziere, Beamte, Gelehrte, die sich eine Kugel durch den Kopf jagten, weil ihnen das Leben nun nicht mehr lebenswert erschien. Aber nicht von einem einzigen Novemberrevolutionär haben wir gehört, der den Betrug von Versailles nicht zu überleben vermochte, weil er den Bankerott seiner Ideale bedeutete. Im Gegenteil. Die Leute sitzen in Amt und Würden, oder sie fahren fort, auch jetzt noch von der „Neuen Zeit“ zu schwärmen, wie Müller-Brandenburg. Nun, das ist ihre Sache. Wichtiger ist und geht alle an, die ihr Leben an die Zukunft unseres Volkes setzen, daß Müller-Brandenburg seine Zuversicht mit der proletarischen Jugend begründet, und mit den einfachen Menschen aus dem Volke. Wir glauben an die Kräfte, die hier liegen. Wir kennen die Bielefelder Tagung, auf die Müller-Brandenburg sich bezieht. Wir haben wohl aufgemerkt, als dort die materialistische Geschichtsauffassung in die Untiefen geworfen wurde, aus denen sie stammt. Aber das alles ändert nichts daran, daß wir ein geohrfeigtes Volk sind. Soll das immer so weiter gehen, daß wir die linke Backe hinhalten und auch noch auf der rechten Backe den Streich empfangen? Das wird erst anders werden wenn dem Volke die Geduld reißt, wenn es erkennt, daß die Ideale, nach denen es 1918 handelte, Täuschungen und Selbsttäuschungen gewesen sind, auch wenn die Jugend sich entschließt, den neuen Idealismus, der ihr auch jetzt noch verbleibt, durch Selbstbehauptung im Wirklichen wahr zu machen. Von selbst kommt keine Gerechtigkeit angeflogen. Sie will erkämpft sein!

•

Der **„General-Anzeiger“** für Dortmund und die Provinz Westfalen bringt es fertig, in dieser Woche der schicksalsschwersten Entscheidungen seine Leser im Grenzland bereits im voraus über den Verlust Oberschlesiens zu trösten. Er hofft auf eine moralische Entspannung zwischen Deutschland und Polen, wenn dieses nunmehr „etwas Land zugewiesen erhalte“. Unter der stilvollen Ueberschrift: „Ruhe ist die erste Republikanerpflicht“ erklärt das famose Blatt weiterhin, daß durch die Teilung Oberschlesiens im Osten ein großartiger internationaler Handelsverkehr erzielt werden würde, dessen zukünftiger Segen für Deutschland den heutigen Verlust aufwiege, und es vertraut dem Völkerbund, daß er sich von solchen Zukunftsideen habe leiten lassen. Worum es dieser Sorte Presse eigentlich geht, bezeugen Anfang und Schluß. „Die Teilung Oberschlesiens ist schlimm, aber viel schlimmer wäre es, wenn die Linksparteien den Kopf verlören“. Also Rettung des Kabinetts Wirth, das übrige ist Hekuba. Und am Schluß wird die Teilung Oberschlesiens als ein Kinderspiel gegenüber dem Bukarester Frieden bezeichnet, also Selbstbesudelung in der üblichen Art als Moral des Ganzen. Wir wollen diesem Blatt nicht die Ehre antun, es politisch ernster zu nehmen, als seine Leser, die es um seiner Annoncen willen halten. Wissenswert wäre nur, wer dieser saubere Berliner Berichterstatter ist, der über den Verlust nationaler Milliardenwerte und erst recht über die drohende Einbuße an deutschem Volkstum mit dem Satz hinweggeht: „Man muß sich im Unglück trösten, so gut man kann.“

•

Das **„Tagebuch“** schreibt: „Ein junger Mann, der Herr Reichskanzler. Noch vor ein paar Jahren nichts als ein Gymnasiallehrer. Badenser. Katholik. Kein Zweifler, kein Heuchler, ein Gläubiger. (Nur unter Katholiken findet sich diese unangetastete, nicht vom Zweifel angefressene Gläubigkeit, die weder Lebenslust noch Gedankenfreiheit mindert.) Vor zehn Jahren sehr hitziger Zentrumsredner. Ein gesunder geistiger Magen, der vor dem notwendigen Wirtshausdisput nicht zimperlich zurückscheut. Das Demokratische versteht sich von selbst. Allmählich über das Agitatorische hinauswachsend. Immer bewußter dem Potsdamer Kommandoton entrückt. Je tragischer Deutschlands Schicksal wurde, desto scheuklappenfreier wurde Wirth. Allmähliche Klärung zum Grundgedanken: damit Deutschland Volksstaat werde, müssen die zwei großen Volksparteien aufhören, sich um teleologischer Differenzen willen zu bekaffen und zu bebelligen .... Aber Josef Wirth ist zähe. Ein Mann ohne Bedürfnisse. Kein Esser und Trinker wie Erzberger. Ein bedürfnisloser Mann. Ein belegtes Brot, ein paar Rettigschinken — das Abendessen dauert vier Minuten. Kein Frauenmensch die Zeit ist zu kostbar. Ein immer Lernender. Aus jedem Gespräch profitierend. Flinkste Auffassung. Wirtschaftsfragen, die dem Gymnasiallehrer fernlagen, rasch erfassend. Ungemein fleißig. Von jedem Besucher angeregt und ergänzt. ... Den Stegerwäldlern stand Wirth im Wege. Nicht an den Herren Hergt und Helfferich stirbt heute ein Staatsmann, wahrhaftig nicht. Doch es gibt einen Ring mit sonderbaren, liberal wie christlich schimmernden Gliedern. Aber es kam der Kahr-Freitag in München, eine Grablegung ohne Auferstehung, und damit war der gefährliche Tanz beendet. Noll grollt und brummt es rechts von Stresemann. Die Prediger des nationalen Gewissens seufzen über den Beschluß von Görlitz. Aber Gedanken sind stärker als Ränke. Die Rechnung war ohne den Wirth gemacht.“ ...

•

Die **„Rote Fahne“** hat zuweilen einen feinen politischen Instinkt. Dann schreibt sie z. B. unter dem Titel **„Die Hand soll wieder verdorren!“** folgendes: „So wird es auch jetzt sein. Die Drohungen mit dem Rücktritt des Reichskabinetts erscheinen von Tag zu Tag mehr als Bluff. Ebenso das hysterische Geschrei des **„Berliner Tageblatts“**, in dem der wildgewordene „pazifistische“ Theodor mit den alldeutschen Wölfen heulte. Verlangte er doch den wirtschaftlichen Boykott Polens zur großen Freude der **„Deutschen Zeitung“**. — Das ganze wilde Getue wird durch den **„Vorwärts“** und die **„Freiheit“** auf das richtige Maß zurückgeführt. Auch der Demokrat Bernhard von der **„Vossischen Zeitung“** verlangt aus innerpolitischen Gründen zur Ermöglichung der Einheitsfront von Stresemann bis Breitscheid — daß der Reichskanzler auf keinen Fall seine Demission gebe, ohne das Parlament zu befragen. Man könne sich auf eine Beanstandung der oberschlesischen Entscheidung beschränken, — ähnlich die „Freiheit“. Was wird nun mit Wirth? Wozu das ganze Geschrei? Auf jeden Fall wird man wohl warten, in der Hoffnung, daß im Obersten Rat in Paris, bei dem die letzte Entscheidung liegt, die englisch-französischen Gegensätze von neuem aufeinanderprallen.“ — Die Kommunisten haben innerhalb der deutschen Arbeiterschaft den politischen Schwindel der „freiesten Republik“ längst durchschaut; sie wissen, daß die pazifistischen Völker zu Grunde gehen müssen. Aber sie stehen unter der Diktatur von Moskau und hängen noch immer an der internationalen Ideologie, die von der Wirklichkeit längst widerlegt worden ist. Darum sehen auch sie immer noch mehr nach innen als nach außen und geben das deutsche Volk und mit ihm die deutsche Arbeiterschaft zunächst einmal den Franzosen preis.

Chronist

Vortrags-Verband

Dr. Eduard Stadtler

spricht **Dienstag, den 18. Oktober,** abends 8 Uhr, in **Potsdam,** Kaffee Sanssouci, auf Einladung des Ausschusses der Deutschen Abende bei der Protestkundgebung gegen die Bedrückung unserer Landsleute im besetzten und abgetretenen Gebiet.

Verlag: **„Gewissen“**, Berlin W 30, Motzstr. 22, Fernsprecher Lützow 9820. Verantwortlicher Schriftleiter: **Werner Wirths** - Berlin. Druck: **Arthur Lehmann,** Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 40/41. Manuskriptsendungen sind frei zu machen (80 Pfg. Porto bei über 20 g, 120 Pfg. über 100 g im Fernverkehr). Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn vollständiges Rückporto beigefügt ist.

Das **„Gewissen“** erscheint wöchentlich, Sonnabends, mit Tagangabe vom nächsten Montag.

Bezug: Durch die Post M. 9.— vierteljährlich. Laufender Bezug jährlich M. 28.—. Der laufende Bezug kann jederzeit begonnen werden; er läuft jeweils ein Jahr und beginnt am 1. des Monats, in dem die Bestellung beim Verlag eingeht. Der Bezug verlängert sich selbsttätig von Jahr zu Jahr, falls Kündigung nicht mindestens ein Monat vor Ablauf erfolgt. Bestellungen auf einen Monat, zwei Monate oder ein Vierteljahr sind beim zuständigen Postamt anzubringen. Der laufende Bezug ist beim Verlag unmittelbar zu bestellen; der Verlag beauftragt alsdann das Postzeitungsamt Berlin, das **„Gewissen“** dem Bezieher dauernd zuzustellen. Im Bestellmonat bereits erschienene Nummern werden vom Verlag ohne besondere Aufforderung durch das Postzeitungsamt nachgeliefert.

Mitteilungen an die „Gesellschaft der Freunde des Gewissens“ erbitten wir uns unter der Anschrift „An den Verlag „Gewissen“, Berlin W 30, Motzstr. 22.“

Geldsendungen erbitten wir auf Postscheckkonto „Berlin 816 54 Verlag Gewissen“ oder auf unser Konto bei der Deutschen Bank, Berlin-Schöneberg, Martin Lutherstr. 7.

Anzeigen: Die 7 gespaltene Nonpareillezeile M. 2.—. Die 3 gespaltene Reklamezeile M. 6.—

Im Verlage der

„Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk“

Essen, Bismarckstraße 13

erschienen u. a. bisher nachstehende Broschüren und Werke:

Aus hundert Jahren deutscher Eisen- und Stahlindustrie
von Syndikus Dr. Rudolf Keibel, Lübeck
Preis 4,50 Mark

Das Schicksal des Einheitsgedankens im deutschen Verkehrswesen
Eine Kritik von Dr. rer. pol. R. Quaatz, Geheimer Regierungsrat, Mitglied des Reichstags, Essen
Preis 8,50 Mark

Die Erhaltung Preußens,
eine Forderung der deutschen Volkswirtschaft von Eberhard Gothein, Professor an der Universität Heidelberg, Mitglied des Bad. Landtags
Preis 3,50 Mark

Jahrbuch der Handelskammer Essen 1920
Preis 35 Mark

Wirtschafts-Jahrbuch für den Ruhrbezirk 1921
Unentbehrliches Nachschlagewerk für jeden Kaufmann und Industriellen
Preis 50 Mark

Sämtliche im „Gewissen“ angezeigten Bücher und Zeitschriften können durch unsere Buchhandelsabteilung bezogen werden.

Bibliographisches Institut
Leipzig
Das volkstümlichste, unentbehrlichste Nachschlagewerk!
Meyers Handlexikon
Achte Auflage 1921
Etwa 75000 Stichwörter und Verweisungen mit 2000 Abbildungen auf 1632 Spalten Text, 7 bunten, 46 schwarzen Tafeln, 45 z. T. farbigen Karten und 24 Textübersichten
In Ganzleinen gebunden 84 Mark
Dazu die ortsüblichen Buchhändlerzuschläge
Ausführliche Werbeschrift kostenfrei

Rückständige Bezugsgelder bitten wir mittels Zahlkarte unserem Postscheckkonto Berlin 816 54 zu überweisen. Für

Streifbandbezieher

tritt zum jährlichen Bezugspreis von 28 M. das Streifbandporto mit 7,80 M. hinzu.

Verlag „Gewissen“ Berlin W 30.

Die Grenzboten

Zeitschrift für Politik, Literatur u. Kunst

80. Jahrgang — Jährlich 52 Hefte

Nationales Bewußtsein, Deutsch denken und Deutsch fühlen, das Vaterland über die Parteien bilden die Richtschnur für den reichhaltigen Inhalt

Einzelheft 2 Mk. Doppelheft 4 Mk.
Bezugspreis vierteljährlich 18 Mk.

Probehefte kostenlos durch

Verlag K. F. Koehler

Abteilung Grenzboten, Berlin SW 11
Tempelhofer Ufer 35 a